

## Öffentliche **Berichtsvorlage**

Vorlagen-Nr.:

**V/0436/2013**

Auskunft erteilt:

Herr Etienne

Ruf:

492-1114

E-Mail:

Etienne@stadt-muenster.de

Datum:

04.06.2013

### Betrifft

Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung, zum E-Government und zur interkommunalen Zusammenarbeit

### Beratungsfolge

|            |                                                          |         |
|------------|----------------------------------------------------------|---------|
| 27.06.2013 | Werksausschuss der citeq                                 | Bericht |
| 27.06.2013 | Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung                | Bericht |
| 09.07.2013 | Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften | Bericht |
| 10.07.2013 | Hauptausschuss                                           | Bericht |
| 10.07.2013 | Rat                                                      | Bericht |

### Bericht:

Auf der Grundlage der Vorlage V/0505/2012 „Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017“ hat der Rat am 27.06.2012 zu Beschlussziffer 7.6 (Projektgruppe Verwaltungsreform) ergänzend beschlossen:

„Im ersten Halbjahr 2013 wird auch ein Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung, zum E-Government und zur interkommunalen Zusammenarbeit sowie zur Erarbeitung weiterer konkreter Umsetzungsvorschläge den politischen Gremien gegeben.“

Folgende politische Anträge wurden in dieser Ratsperiode seit Herbst 2009 eingebracht und haben einen inhaltlichen Bezug zu den Themen Organisationsentwicklung, E-Government und interkommunalen Zusammenarbeit.

- "Kundenfreundlich, komfortabel, kompetent - Münsters Stadtverwaltung 2011" vom 11.01.2010 der CDU-Fraktion (A-R/002/2010)
- "Familienfreundliche Verwaltung in Münster: Mehr Telearbeitsplätze in der Stadtverwaltung" vom 27.01.2010 der SPD-Fraktion (A-R/0015/2010)
- "Schulterschluss mit der Region. Für eine Strategie der interkommunalen Partnerschaft" vom 31.05.2010 der SPD-Fraktion (A-R/0055/2010)

- "Weitere Anstrengungen zur Optimierung von Strukturen und Prozessen in der Stadtverwaltung sowie im Umgang mit städtischen Immobilien" vom 29.03.2011 der CDU- und SPD-Fraktion (A-R/0027/2011)
- "Regionale Kompetenzen bündeln" vom 28.01.2013 der CDU-Fraktion (A-R/00005/2013)
- „Ein saniertes Stadthaus 1 – mehr Service für Münsters Bürgerinnen und Bürger“ vom 09.04.2013 der SPD-Fraktion (A-R/0016/2013)
- „Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen im Stadthaus 1 – mehr Service auch für ausländische Einwohner und Einwohnerinnen“ vom 22.04.2013 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (A-R/0017/2013)

Die Übersicht in der Anlage gibt kurze Hinweise zum jeweiligen Bearbeitungsstand der in den Anträgen angesprochenen Themenfelder. Der nachfolgende Bericht über den aktuellen Stand der Organisationsentwicklung (siehe auch Vorlage „Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017“ V/0702/2012 vom 14.09.2012) nimmt auf die jeweiligen Anträge – soweit möglich – Bezug.

## 1. Schwerpunkte der Organisationsentwicklung

### 1.1 Ämterfusionen

Mit der Ratsvorlage V/0702/2012 vom 14.09.2012 hat die Verwaltung die Fusion bestimmter städtischer Ämter angekündigt und ausführlich begründet. Die Verwaltung setzt die Fusionen zurzeit um. Der aktuelle Bearbeitungsstand kann der Vorlage V/0386/2013, insbesondere der Anlage 1 entnommen werden.

### 1.2 Prozessoptimierung und eGovernment

#### Bürger-eGovernment (eID-Dienste-Angebot und Nachfrage, eGovernmentgesetz / intelligente Formulare)

Das kommende E-Governmentgesetz (Verabschiedung im Bundestag im April 2013, Beschlussfassung im Bundesrat am 07.06.2013, kurzfristige Übernahme in Landesgesetzgebung NRW angekündigt) schafft die Möglichkeit, die für viele Verwaltungsantragsverfahren verbindliche Schriftform durch eine sichere Authentisierung über DE-Mail oder über den neuen Personalausweis zu ersetzen. Damit wird eine erheblich größere Zahl von Online-Antragsverfahren rechtlich zulässig. Seit Ausgabe des neuen Personalausweises (November 2010) entwickelt die citeq intelligente Online-Antragsverfahren, die durch gute Benutzerführung und elektronische Automatismen gleichzeitig Vorteile für Bürgerinnen und Bürger als auch für die Verwaltung (Effizienz) bedeuten. Die Entwicklung der intelligenten Online-Antragsverfahren erfolgt auf Basis einer antragsübergreifend angelegten Prozessoptimierung aus Wertschöpfungskettensicht. Auf Basis der vorliegenden Erfahrungen und unter Nutzung der aufgebauten IT-Infrastrukturen ist jetzt eine Erweiterung der Zahl der Online-Antragsverfahren möglich. (siehe auch CDU-Antrag A-R/002/2010 vom 11.01.2010)

### Behörden-eGovernment

Die elektronische Vernetzung der Behörden Deutschlands wird immer weiter ausgebaut, um Medienbrüche in der Verwaltung-Verwaltung-Kommunikation zu vermeiden. Ziel ist es, die Prozesse zu beschleunigen, die Datenqualität zu verbessern und - vor allem – die Wirtschaftlichkeit zu steigern. Eine wichtige Rolle spielt dabei die sichere Datenübermittlung auf Basis des Standards OSCI (Online Services Computer Interface). Hierzu betreibt die citeq seit 2007 gemeinsam mit dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) den Dienst DataClearing NRW, der von gut 80% der Kommunen in NRW und von Bundesbehörden, z. B. der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesamt für Justiz genutzt wird.

Die bundesweiten Datenübermittlungen in den Bereichen Meldewesen, Ausländerwesen sowie Pass- und Personalausweiswesen sind produktiv, die Übermittlungen im Bereich Personenstandswesen werden ab 2014 verbindlich. Innerhalb von NRW arbeitet DataClearing NRW in den Themenbereichen Meldungen zum / zur

- Mammografiescreening
- Krebsregister
- Nachhaltung der frühkindlichen Untersuchungen (Kindeswohl)
- Meldungen im Rahmen der Gewerbemeldungen

Weitere Projekte wie bspw. Übermittlungen zwischen Kommunen und Polizei NRW mit einer Produktivsetzung noch in 2013 stehen an.

### Verwaltungsinterne Prozessoptimierungen (Beispiel: Alternierende Telearbeit)

Aktuell sind in der Verwaltung 53 Telearbeitsplätze eingerichtet. Diese verteilen sich auf 14 Ämter und Einrichtungen. Schwerpunkte liegen im Ordnungsamt (21 Teilnehmer an der Telearbeit) sowie im Tiefbauamt (11 Telearbeitsplätze). Die Ämter und Einrichtungen identifizieren derzeit im Rahmen einer Selbsteinschätzung mögliche geeignete Bereiche, die sich für die Telearbeit eignen. Sobald alle Rückmeldungen vorliegen, werden sie durch das Personal- und Organisationsamt strukturiert und ausgewertet. Die weiteren Maßnahmen zum möglichen Ausbau von Telearbeit bei der Stadt Münster sollen sich anschließend auf die als besonders geeignet identifizierten Bereiche konzentrieren. Arbeitsplätze erscheinen insbesondere dann geeignet, wenn sie nicht geprägt sind von persönlichen Bürgerkontakten, Außendiensttätigkeiten und einer Verwendung von bislang nicht digitalisierten Datenbeständen. Diese Arbeitsplätze werden zurzeit ermittelt. (siehe auch CDU-Antrag A-R/002/2010 vom 11.01.2010 und SPD-Antrag A-R/0015/2010 vom 27.01.2010)

### Verwaltungsinterne Prozessoptimierungen (Beispiel: Dokumentenmanagementsysteme)

Mit dem Einsatz eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) können Prozesse innerhalb der Verwaltung optimiert werden. In einem ersten Projekt der citeq soll die Rechnungseingangsabwicklung innerhalb der Stadt Münster mittels eines DMS möglichst weitgehend automatisiert durchgeführt werden. Hierdurch sollen Effizienzsteigerungen bei der Rechnungseingangsbearbeitung realisiert werden. Das jetzt begonnene Projekt bei der citeq hat eine Pilotfunktion für ähnliche Vorhaben bei der gesamten Stadt Münster. Die automatisierte Rechnungseingangsabwicklung soll – nach einer „Anlernphase“ der Software – mindestens ca. 80% der Rechnungen mit Bestellbezug (fast) ohne Interaktion durch einen Sachbearbeiter/eine Sachbearbeiterin verarbeiten.

Das Projekt wurde im Februar 2013 begonnen. Der Projektabschluss ist für Ende Dezember 2013 geplant. Zurzeit wird ein Dienstleistungsanbieter für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der DMS-Einführung ausgewählt. Darüber hinaus werden die Rechnungseingangs-Geschäftsprozesse modelliert und optimiert.

### Geodatenmanagement

Das Projekt "Einrichtung eines zentralen amtsübergreifenden Geodatenmanagements" ist am 03.12.2012 gestartet. Im ersten Teil des Projekts erfolgt zunächst eine IST-Analyse, in der die derzeitigen Rahmenbedingungen innerhalb der Stadtverwaltung Münster betrachtet und ggf. schon Optimierungsvorschläge entwickelt werden. Im zweiten Teil des Projekts wird betrachtet, welche Entwicklungen sich im Umgang, der Bereitstellung sowie der Nutzung von Geodaten abzeichnet und wie sich dies auf die Aufgaben eines Zentralen Geodatenmanagements auswirken könnte. Die beiden Analyseteile sollen bis zum 15.07.2013 abgeschlossen sein. Auf Basis der Ergebnisse wird dann ab dem III. Quartal das "neue" Zentrale Geodatenmanagement aufgebaut.

## 1.3 Interkommunale Zusammenarbeit

### Interkommunale Zusammenarbeit der NRW-Großstädte

Die von der Stadt Münster initiierten Gespräche wurden kontinuierlich fortgeführt. Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der beteiligten Städte haben in ihrer letzten Sitzung am 20.02.2013 über die weitere Vorgehensweise in den identifizierten 10 potenziellen Kooperationsfeldern entschieden, so dass auf Arbeitsebene weitere Schritte hin zu konkreten gemeinsamen Kooperationen gegangen werden können. Bestandteile der nächsten Schritte sind die Harmonisierung von Bearbeitungsstandards, fachliche Austausche, die Aufarbeitung regionaler Kooperationen zu übertragbaren Lösungen, u.a.m..

Die Kooperationsfelder waren:

1. Organisationsangelegenheiten / GPO
2. Einkauf / Vergabe / Beschaffung
3. Geodatenmanagement / ALKIS / etc.
4. Personalmanagement (ohne Beihilfe)
5. Beihilfe
6. Service-Center, Call-Center, D115
7. Finanzmanagement
8. Stadtarchiv / Archivierung
9. Kfz-Zulassungswesen
10. Elektronische Antragsverfahren

So wird zum Beispiel im Bereich Organisationsangelegenheiten / GPO eine interkommunale Arbeitsgruppe drei konkrete Geschäftsprozesse beschreiben und optimieren. Im Bereich Einkauf/Vergabe/Beschaffung sind bereits die meisten beteiligten Städte der Einkaufsgemeinschaft Kommunalen Verwaltungen eG beigetreten mit dem Ziel, bei möglichst vielen gemeinsamen Beschaffungen Preisvorteile zu erzielen. Im Bereich des Personalmanagements wird zurzeit die Einrichtung eines interkommunalen Dozenten-Pools sowie Kompetenzcenters Versorgung konkret geprüft.

Mit Schreiben vom 10.01.2013 hat die Stadt Duisburg als weitere Großstadt in NRW ihr Interesse an einer Mitarbeit an der Initiative bekundet. Herr Oberbürgermeister Link hat darauf hin bereits an der Sitzung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister im Februar teilgenommen.

Die Geschäftsführung der Initiative für die Ebene der Hauptverwaltungsbeamten ist zwischenzeitlich von der Stadt Münster auf den Städtetag NRW übertragen worden. Die Sitzungen finden zukünftig ausschließlich in Köln statt. In der nächsten noch nicht terminierten Sitzung ist ein Meinungsaustausch mit Herrn Innenminister Jäger vorgesehen, u. a. zu den unsicheren steuer- und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen interkommunaler Zusammenarbeit.

### Interkommunale Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster

Zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster wird zurzeit zeitgleich in den beteiligten Städten und Gemeinden der Stadtregion eine wortgleiche Beschlussvorlage in den politischen Gremien gegeben. In Münster ist es die Vorlage V/0369/2013 vom 22.05.2013 „Stadtregionale Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster: Rückblick, Sachstand und Perspektiven“. Auf diese Vorlage wird verwiesen. (siehe auch SPD-Antrag A-R/0055/2010 vom 31.05.2010 und CDU-Antrag A-R/00005/2013 vom 28.01.2013)

### Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik

Seit Jahrzehnten gibt es über die citeq eine IT-Zusammenarbeit der Stadt Münster mit der Stadt Hamm und den Kreisen Coesfeld und Warendorf einschließlich ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden über eine Öffentlich rechtliche Vereinbarung (ÖrV). Daneben gibt es enge Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene, über die seit Jahren erhebliche wirtschaftliche Vorteile beim Einkauf und bei der Erbringung von IT-Betriebsleistungen erzielt werden. Über die Mitgliedschaft im KDN-Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in NRW erfolgt zum Beispiel eine Zusammenarbeit bei den IT-Betriebsleistungen

- für die Stadt Münster durch die Stadt Köln (Personenstandswesen)
- für die Städte Wuppertal und Hagen durch die citeq (Personalwirtschaftliche Anwendungen)

Die bundesweite Zusammenarbeit erfolgt über die Mitgliedschaft im Bundesverband kommunaler IT-Dienstleister vitako. Das interessanteste Projekt ist derzeit der Aufbau einer bundesweiten GovCloud als Marktplatz, auf dem qualitativ hochwertige Cloud-Dienste für die öffentliche Hand unter Wahrung von Datenschutz und Datensicherheit zu günstigen Konditionen als Shared Service angeboten werden. Die Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene wird permanent erweitert.

## 1.4 Zusammenarbeit im Konzern Stadt Münster

Die in der Vorlage V/0702/2012 vom 14.09.2012 dargestellten Sachverhalte zur Prüfung des vorhandenen Beteiligungsportfolios, zur Organisationsentwicklung Tiefbau/Stadtwerke, zur Organisationsentwicklung Bäder/Stadtwerke (Optimierungspotential Bäder, Einlagemodell 1 und Einlagemodell 2), zu Managementkontrakten und zur Organisation des städtischen Beteiligungsmanagements besitzen weiterhin Gültigkeit und die Ansätze werden weiter verfolgt.

Beim Einlagemodell 2 zur Optimierung der steuerlichen Verhältnisse im Bereich Bäder ist der Prüfprozess fortgesetzt, aber noch nicht abgeschlossen worden. Ein Gutachten zur technisch-wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Bädern und Stadtwerken liegt inzwischen vor. In weiteren Gesprächen mit der Finanzverwaltung sind nun steuerliche Fragen (Problematik der Aufdeckung stiller Reserven) und die Voraussetzungen zur Herstellung der technischen-wirtschaftlichen Verflechtung zu den Bädern ohne Blockheizkraftwerk zu erörtern. Das Beteiligungsmanagement wird bei Vorliegen konkreter Ergebnisse und den entsprechenden Schlussfolgerungen Aussagen zur den weiteren Schritten und Maßnahmen in einer separaten Vorlage darstellen. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls der Prüfprozess zur Realisierung von Effizienzgewinnen durch eine andere Form der Bäderbewirtschaftung zu berücksichtigen.

Auf der Grundlage der bisherigen Untersuchungen zur Organisation des städtischen Beteiligungsmanagements soll zudem in der separaten Berichtsvorlage über weitere mögliche Optimierungsschritte der Beteiligungsstruktur (Untersuchung einer Holdingstruktur) berichtet und weitere Beschlüsse gefasst werden. Die Verwaltung beabsichtigt die Vorla-

ge in der zweiten Jahreshälfte 2013 einzubringen. (siehe unter anderem CDU/SPD-Antrag A-R/0027/2011 vom 29.03.2011)

2. Politische Anträge zur Organisationsentwicklung, E-Government und interkommunalen Zusammenarbeit

In der Anlage zu dieser Vorlage sind die Ratsanträge aufgeführt, die in dieser Ratsperiode seit Herbst 2009 eingebracht wurden und einen inhaltlichen Bezug zu den Themen Organisationsentwicklung, E-Government und interkommunalen Zusammenarbeit haben. Es werden jeweils Hinweise zum jeweiligen Bearbeitungsstand der angesprochenen Themenfelder gegeben bzw. auf entsprechende eigene Vorlagen verwiesen.

In Vertretung

gez.  
Wolfgang Heuer  
Stadtrat

**Anlage:**  
**Übersicht Ratsanträge**